



Valeria.MICELI@ec.europa.eu

arnd_rueter@web.de

01.09.2020

RE: Aufforderung zur Erweiterung des Untersuchungsauftrags zur Rolle der deutschen Finanzdienstleiste...

Sie haben diese Nachricht am 01.09.2020 21:56 weitergeleitet.

Sehr geehrter Herr Dr. Rüter,

Präsidentin von der Leyen dankt Ihnen für Ihr Schreiben vom 7. Juli 2020, in welchem Sie darum bitten, im Rahmen der WireCard-Angelegenheit die Untersuchung der deutschen Finanzdienstleister-Aufsichtsbehörden auszuweiten und Ihre Überlegungen diesbezüglich darlegen.

Die Präsidentin hat Ihr Schreiben aufmerksam gelesen und es an Herrn John Berrigan (E-Mail: John.Berrigan@ec.europa.eu), Generaldirektor zuständig für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion, weitergeleitet.

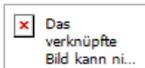
Herr Berrigan wird die von Ihnen angesprochenen Punkte überprüfen und Ihnen so bald wie möglich dahingehend antworten.

Mit freundlichen Grüßen,

Valeria Miceli

VALERIA MICELI

Policy Coordinator – Economic and Financial Policies
Cabinet of President von der Leyen



European Commission

BERL 13/089
Rue de la loi 200
1040 Brussels Belgium
Phone: +32 22981624
Valeria.MICELI@ec.europa.eu

From: arnd_rueter <arnd_rueter@web.de>

Sent: Tuesday, July 7, 2020 2:58 PM

To: EC PRESIDENT VDL <EC-PRESIDENT-VDL@ec.europa.eu>; CAB DOMBROVSKIS CONTACT <CAB-DOMBROVSKIS-CONTACT@ec.europa.eu>; CAB JOUROVA CONTACT <CAB-JOUROVA-CONTACT@ec.europa.eu>; CAB SUICA CONTACT <CAB-SUICA-CONTACT@ec.europa.eu>

Subject: Aufforderung zur Erweiterung des Untersuchungsauftrags zur Rolle der deutschen Finanzdienstleister-Aufsichtsbehörden

Sehr geehrte Mitarbeiter der Büro-Teams der Präsidentin und der Mitglieder der EU-Kommission,

ich bitte darum beigefügtes Schreiben an die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen und die Mitglieder der EU-Kommission Valdis Dombrovskis, Věra Jourová und Dubravka Šuica soweit möglich aufeinander abgestimmt zu bearbeiten.

Danke, mit freundlichen Grüßen
Dr. Arnd Rüter
Haydnstraße 5
85591 Vaterstetten
Deutschland / Germany / l'Allemagne
Email arnd_rueter@web.de



arnd_rueter <arnd_rueter@web.de>

"Arnd Rüter"

1

11.11.2020

WG: Aufforderung zur Erweiterung des Untersuchungsauftrags der EUKommission zur ...



Zu langer Betreff: WG: Aufforderung zur Erweiterung des Untersuchungsauftrags der EUKommission zur Rolle der deutschen FinanzdienstleisterAufsichtsbehörden im Betrugsskandal um das Unternehmen WireCard um die Untersuchung der Rolle dieser

Von: FISMA-C1@ec.europa.eu [<mailto:FISMA-C1@ec.europa.eu>]

Gesendet: Dienstag, 10. November 2020 16:37

An: arnd_rueter@web.de

Cc: FISMA-C1@ec.europa.eu

Betreff: Aufforderung zur Erweiterung des Untersuchungsauftrags der EUKommission zur Rolle der deutschen FinanzdienstleisterAufsichtsbehörden im Betrugsskandal um das Unternehmen WireCard um die Untersuchung der Rolle dieser

Dear Mr Rueter,

On behalf of Mr Alain Deckers, Head of Unit C1, please find enclosed the European Commission's answer to your question raised in your email dated 7 July 2020.

Best Regards,

FISMA C1 Secretariat



European Commission

Directorate General Financial Stability, Financial Services and Capital Markets Union
Unit C1 – Corporate reporting, audit & credit rating agencies
Office : Rue de SPA 2, 7/65
B-1000 Brussels



EUROPÄISCHE KOMMISSION
GENERALDIREKTION FINANZSTABILITÄT, FINANZDIENSTLEISTUNGEN UND
KAPITALMARKTUNION

Finanzmärkte
Unternehmensberichterstattung, Audit und Ratingagenturen

Brüssel
FISMA.C.1/MT/JPR

mailto: arnd_rueter@web.de

Betr.: Aufforderung zur Erweiterung des Untersuchungsauftrags der EU-Kommission zur Rolle der deutschen Finanzdienstleister-Aufsichtsbehörden (BaFin, Bundesministerium für Finanzen) im Betrugs-skandal um das Unternehmen WireCard um die Untersuchung der Rolle dieser deutschen Finanzdienstleister-Aufsichtsbehörden (BaFin, BMF) im größten Skandal um Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland seit ihrem Bestehen

Sehr geehrter Herr Dr. Rüter,

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 07. Juli 2020 an Exekutiv-Vizepräsident Dombrovskis. Ich wurde gebeten, Ihnen im Namen des Exekutiv-Vizepräsidenten zu antworten.

Die Rechtsvorschriften der EU untermauern eine solide Marktinfrastruktur, eine angemessene Unternehmensführung, unabhängige Prüfungen und eine unabhängige Aufsicht durch die zuständigen Behörden der EU und der Mitgliedstaaten mit dem vorrangigen Ziel des Anlegerschutzes und der Gewährleistung stabiler und geordneter Finanzmärkte.

Die Europäische Kommission nimmt den Wirecard-Fall sehr ernst und ist entschlossen, herauszufinden, was schiefgelaufen ist. Am 25. Juni 2020 beauftragte die Kommission die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA), zu untersuchen, ob es aufsichtliche Versäumnisse gegeben hat, und wenn ja, mögliche Handlungsmaßnahmen darzulegen. Die ESMA hat nun eine beschleunigte Beurteilung der aufsichtsrechtlichen Reaktion der BaFin und der DPR auf die Ereignisse, die zum Zusammenbruch der Wirecard AG geführt haben, im Bereich der Rechnungslegung vorgenommen und hierzu am 3. November 2020 berichtet. Der Bericht kann auf der Internetseite der ESMA eingesehen werden.¹

¹ <https://www.esma.europa.eu/press-news/esma-news/esma-identifies-deficiencies-in-german-supervision-wirecard%E2%80%99s-financial>

Die Kommission verfügt über keine spezifischen Ermittlungsbefugnisse in diesem Bereich, aber wir prüfen Wirecard's Zusammenbruch umfassend, um festzustellen, welche Maßnahmen auf europäischer Ebene erforderlich sein könnten, gegebenenfalls einschließlich einer Änderung des EU-Rechts.

In Ihrem Schreiben beschweren Sie sich außerdem über die Erhebung von Beiträgen der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung auf Leistungen aus Kapitallebensversicherungen, die von Arbeitnehmern im Wege der Direktversicherung über den Arbeitgeber abgeschlossen wurden. Soweit wir Ihrem Schreiben und den von Ihnen vorgelegten Dokumenten entnehmen können, geht es dabei um eine Bestimmung des deutschen Sozialversicherungsrechts (§ 229 SGB V), nach der Renten der betrieblichen Altersversorgung als Versorgungsbezüge gelten und damit der Beitragserhebung zur Krankenversicherung der Rentner unterliegen. Nach der Rechtsprechung der deutschen Gerichte fallen darunter auch Leistungen, die aus einer vom Arbeitgeber auf das Leben des Arbeitnehmers abgeschlossenen Direktversicherung gezahlt werden, wenn diese der Sicherung des Lebensstandards nach dem Ausscheiden des Arbeitnehmers aus dem Erwerbsleben dienen sollen.

Der von Ihnen angesprochene Sachverhalt betrifft die Ausgestaltung und Anwendung der sozialen Schutzsysteme in den Mitgliedstaaten. Die entsprechenden Bestimmungen liegen nach den EU-Verträgen im Wesentlichen in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Dabei ist es Sache der Mitgliedstaaten, über die Bedingungen und die Ausgestaltung der Erhebung von Beiträgen zur Finanzierung der sozialen Schutzsysteme zu entscheiden. Es liegen keinerlei Anzeichen dafür vor, dass die von Ihnen gerügten Sachverhalte gegen Bestimmungen des Europäischen Unionsrechts verstoßen könnten. Insbesondere sind keine Verstöße gegen Bestimmungen des EU-Rechts über den Betrieb und die Beaufsichtigung von Lebensversicherungen ersichtlich.

Unter diesen Umständen bitte ich Sie um Verständnis dafür, dass die Kommission mangels Zuständigkeit nicht in der Lage ist, hinsichtlich der Ihnen erhobenen Einwände gegen die Heranziehung von Lebensversicherungsleistungen aus Direktversicherungen zu Krankenversicherungsbeiträgen tätig zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

(e-signed)

Alain DECKERS
Referatsleiter